

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungen .....	VII
Literaturverzeichnis .....	IX
I. Problemstellung .....	1
II. Grundlagen .....	3
A. Allgemeines .....	3
B. Eingeschränkte Relevanz des Gemeinschaftsrechts .....	5
C. Selbstverwaltung .....	6
D. Zur Insolvenzfähigkeit .....	9
III. Pflicht zur Vorkehrung einer umfassenden sozialen Krankheitsvorsorge? .....	15
A. Verfassungsrecht .....	15
B. Sozialcharta .....	19
C. Gemeinschaftsrecht.....	21
D. Weitere Internationale Instrumente.....	24
E. Bundesländer.....	24
F. Ergebnis: keine Pflicht zu umfassender Vorsorge.....	25
IV. Verfassungsrechtliche Anforderungen an das Verhältnis von Aufgaben und Mittel.....	26
A. Allgemeines .....	26
B. Rechte der Krankenkassen .....	26
1. Anforderungen aus dem Gleichheitssatz .....	27
a) Antragslegitimation – Allgemeines .....	27
b) Gleichheitswidrige Ausgestaltung.....	29
c) Mitverantwortung der Selbstverwaltungskörperschaft.....	33
d) Ausgestaltung bei Mitverantwortung.....	35
2. Anforderungen aus der Einrichtung von Selbstverwaltung .....	36
a) Garantie finanzieller Autonomie?.....	37
b) Garantie finanzieller Funktionsfähigkeit .....	38
3. Zusätzliche Argumente zu Gleichheitssatz und Recht aus Selbstverwaltung .....	40
4. Abwehr „übermäßiger“ Verpflichtung.....	45
a) Zum Anfechtungsgegenstand .....	45
b) Antragslegitimation der Kassen.....	46
c) Antragslegitimation des Hauptverbandes.....	47
C. Rechte der Leistungsberechtigten.....	49
1. Grundlegung .....	49
2. Konkretisierung des geschützten Vertrauens.....	53
3. Relevanz der Selbstverwaltung .....	55
4. Geltendmachung.....	59
V. Zu den geeigneten Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene Gebarung.....	60
A. Allgemeines .....	60
B. Bedeutung stabiler Rahmenbedingungen.....	61
C. Einnahmen .....	62
D. Ausgaben .....	64

VI. Beseitigung einer Verfassungswidrigkeit durch zusätzliche Einnahmen	71
der Kassen.....	71
A. Allgemeines .....	71
B. Erhöhung der Einnahmen seitens der Versicherten und Leistungs- berechtigten.....	72
C. Amtshaftung.....	74
D. Zur Einstandspflicht des Staates für von ihm errichtete juristische Personen .....	77
1. Allgemeines .....	77
2. Bedeutung des Haushaltsrechts? .....	80
3. Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte.....	81
E. Anspruch auf Beitrag des Bundes zur Abgangsdeckung.....	85
1. Anspruch aus Analogie zu § 80 ASVG?.....	85
2. Ableitung eines Anspruchs der Krankenkassen aus der Verfassung.....	87
3. Prozessuales zu Individualantrag und Klage nach Art 137 B-VG .....	92
F. Keine Einstandspflicht der Länder.....	95
VII. Zusammenfassung .....	96
Stichwortverzeichnis .....	101